

Maturantin droht: „Schule brennt, wenn keine Presse kommt!“

Eine 23-jährige Maturantin steht wegen Drohung am Wiener Landesgericht vor Gericht.
Diskriminierungsverdacht und Schulkonflikte im Fokus.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Am Wiener Landesgericht läuft zurzeit ein bemerkenswerter Prozess gegen eine 23-jährige Maturantin, die wegen schwerer Nötigung angeklagt ist. Die Vorwürfe sind schwerwiegend: Sie soll ihrem Schuldirektor am 16. Januar 2025 gedroht haben, dass die Schule brennen würde, falls er nicht zulässt, dass Medienvertreter bei ihrer mündlichen Matura anwesend sind. Diese Drohung, die lautete: „Ich sage Ihnen, wenn Sie das nicht erlauben, dann wird die Schule brennen!“, wird von der Angeklagten vehement bestritten. Sie selbst gibt an, nie eine solche Äußerung gemacht zu haben und fühlt sich unschuldig, wie **Krone** berichtet.

In der Verhandlung präsentierte der Anwalt der Angeklagten ein

Schreiben der Bildungsdirektion, das die Teilnahme von Pressevertretern an ihrer Englisch-Prüfung bestätigte. Die Angeklagte arbeitet derzeit teilzeit in einer Supermarkt-Kette und lässt sich durch diese Vorwürfe nicht davon abhalten, ihre Matura abzuschließen. In ihren Aussagen bringt sie vor, dass ihre Schwierigkeiten in der Schule möglicherweise auf Diskriminierung aufgrund ihrer türkischen Herkunft zurückzuführen sind. Sie beklagt sich über eine systematische Benachteiligung, die sie durch Lehrer und Mitschülerinnen erfahren habe.

Vorwürfe und Konflikte

Der Schuldirektor hingegen beschreibt die 23-Jährige als problematische Schülerin, die häufig Konflikte mit Lehrkräften und Mitschülerinnen hat und regelmäßig Beschwerden verursacht. Er widerspricht den Aussagen der Maturantin und bekräftigt, dass die Drohung tatsächlich gefallen sei. Laut seiner Schilderung ist die Angeklagte „sehr auffällig“ und klagt oft über vermeintliche Ungerechtigkeiten, ohne dass Diskriminierung vorliege, so **oe24**.

Diskriminierung in Bildungseinrichtungen ist ein weitreichendes Thema. Laut einem Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben viele Schüler mit Migrationshintergrund ähnliche Erfahrungen gemacht. Der Bericht weist auf ein beträchtliches Risiko von Diskriminierung in Schulen hin und fordert Maßnahmen zur Bekämpfung von Intoleranz. Trotz der Bemühungen bleibt Diskriminierung in der Praxis ein anhaltendes Problem, was dem Lernerfolg schadet und zu psychischen Belastungen führen kann, wie in der **bpb** dokumentiert wird.

Forderungen nach Veränderung

Schulen sind aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, die Diskriminierung aktiv abbauen. Dies ist nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine rechtliche Herausforderung.

Der rechtliche Schutz gegen Diskriminierung ist uneinheitlich und oft unzureichend, was es für betroffene Schüler schwierig macht, ihre Rechte durchzusetzen. Forderungen nach einem umfassenderen Diskriminierungsschutz und der Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen in Schulen sind laut dem Bericht dringender denn je.

Die Verhandlung wird sicher noch einige spannende Wendungen nehmen, vor allem im Hinblick auf die Vorwürfe der Angeklagten und die Reaktionen der Schulleitung. Die Problematik der Diskriminierung in Schulen könnte einen entscheidenden Einfluss auf den Ausgang dieses Prozesses haben.

Details	
Vorfall	Nötigung
Ursache	Diskriminierung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.oe24.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at